

Dr. Tonio Gas, Baurecht - schnell erfasst

Ergänzung – Quellen der Fälle und sonstigen Rechtsprechungshinweise

- **Alles auf einen Blick!** Hier finden Sie in gebündelter Form sämtliche Entscheidungen, die Eingang in das Buch „Baurecht - schnell erfasst“ gefunden haben. Auch wenn die Fundstellen schon im Buch angegeben sind, ein Gesamtüberblick ist ideal zur Wiederholung.
- **Übersichtlich und vollständig!** Alle Entscheidungen mit Gericht, Datum, Aktenzeichen, Fundstelle; ideal zum Recherchieren und Zitieren in Hausarbeiten. Seitenangaben erlauben eine Vertiefung im Buch.
- **Für Einsteiger und Fortgeschrittene!** Wer das Buch schon hat, kann sich noch einmal einen Überblick über wichtige Themen verschaffen – Es sind auch die Fälle aufgenommen, die nicht auf Original-Rechtsprechung beruhen, und eine Kurzbeschreibung sagt stets, worum es inhaltlich geht. Auch, wer das Buch noch nicht hat, bekommt schon einen Eindruck über relevante Themen und kann Rechtsprechung nachschlagen – freilich gern auch unter <http://www.springer.com/sgw/cda/frontpage/0,11855,1-40109-22-40803585-0,00.html> das Buch bestellen!

Bei den Fundstellen werden, soweit dies möglich ist, amtliche Entscheidungssammlungen (z.B. »Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts«, = BVerwGE) sowie die Rechtsprechungssammlung »Baurechtssammlung« (= BRS) angegeben. Die Zahl nach dem Kürzel bezeichnet den Band der Sammlung, die Zahl danach die Seite oder die Nummer der Entscheidung. In letzterem Falle wird dies durch das Kürzel »Nr.« kenntlich gemacht.

Im Übrigen werden grundsätzlich höchstens zwei Fundstellen pro Entscheidung zitiert, auch wenn es sich um Urteile handelt, die in mehr als zwei Quellen zu finden sind. Dabei werden die Quellen herangezogen, die am bekanntesten und daher am leichtesten aufzufinden sind. Hierbei ist eine gewisse Subjektivität nicht immer ganz zu vermeiden.

Fachzeitschriften werden mit Jahrgang und Seite zitiert (z.B. NJW 2000, 356, = Neue Juristische Wochenschrift, Jahrgang 2000, Seite 356).

Ein Abkürzungsverzeichnis findet sich am Anfang des Buches „Baurecht - schnell erfasst“.

Fall	Seite	Thema	Gericht	Datum	Aktenzeichen	Fundstelle(n)
Fall 1	16	Grundfälle zu Errichtung, Änderung, Abbruch von baulichen Anlagen	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 2	18	Abgrenzung zwischen Änderung und Instandhaltung einer baulichen Anlage	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg	29.01.1987	8 S 3291/86	BRS 47, Nr. 195
Fall 3	30	Ist ein Bordell im allgemeinen Wohngebiet zulässig?	Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz	15.01.2004	8 B 11983/03	BauR 2004, 644 DÖV 2004, 395
Fall 4	32	Supermarkt im Gewerbegebiet und Bedeutung des § 11 III BauNVO	Bundesverwaltungsgericht	22.05.1987	4 C 19/85	BRS 47, Nr. 56 DVBl. 1987, 1006
Fall 5	42	Befreiung von Festsetzungen des Bebauungsplans	Bundesverwaltungsgericht	19.09.2002	4 C 13/01	NVwZ 2003, 478
Fall 6	53	Keine Genehmigung gemäß Planentwurf, wenn Inkrafttreten des Plans mutwillig verzögert oder verhindert wird.	Bundesverwaltungsgericht	01.08.2002	4 C 5/01	DVBl. 2003, 62 NVwZ 2003, 86
Fall 7	54	Grundfall zu Befreiungen von Festsetzungen des Bebauungsplans (§ 31 II BauGB)	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 8	60	Grundfall zum „Einfügen“ nach § 34 I BauGB	Bundesverwaltungsgericht	26.05.1978	4 C 9.77	BVerwGE 55, 369 DVBl. 1978, 815
-	62	Rechtsprechungs zitat zum „Einfügen“	Bundesverwaltungsgericht	03.06.1977	IV C 37.75	BauR 1977, 398 BVerwGE 54, 73
-	63	Gesicherte (straßenmäßige) Erschließung im unbeplanten Innenbereich – Grundsätze	Bundesverwaltungsgericht	28.10.1981	8 C 4/81	BRS 43, Nr. 6 BVerwGE 64, 186
-	64	Gesicherte (straßenmäßige) Erschließung im unbeplanten Innenbereich – Beispiel	Bundesverwaltungsgericht	02.09.1999	4 B 47/99	BauR 2000, 1173 BRS 62, Nr. 103

Fall 9	66	Bauen im Außenbereich: Privilegierte Vorhaben können auch wegen entgegenstehender öffentlicher Belange (hier: Verunstaltung des Landschaftsbildes) unzulässig sein.	Hessischer Verwaltungsgerichtshof	24.05.1996	4 UE 2683/93	HessVGRspr 1997, 25 NuR 1998, 105
Fall 10	68	Bauen im Außenbereich: Privilegierte Vorhaben – Merkmal des „Dienens“ (hier: Wohnungen für Landarbeiter)	Bundesverwaltungsgericht	19.06.1994	4 B 147/94	Buchholz 406.11, § 35 BauGB, Nr. 303
Fall 11	70	Bauen im Außenbereich: Privilegierte Vorhaben – Abgrenzung zwischen Nebenerwerb und Liebhaberei beim landwirtschaftlichen Betrieb	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	22.12.2003	1 B 01.2821	leider keine, nur JURIS-Datenbank
Fall 12	72	Bauen im Außenbereich: Privilegierte Vorhaben (hier: Mobilfunkanlage) und Anforderungen an den „spezifischen Standortbezug“	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg	25.08.1997	8 S 1861/97	BauR 1998, 313 BRS 59, Nr. 88
-	73	Bauen im Außenbereich: Gesicherte Erschließung bei privilegierten Vorhaben (§ 35 I BauGB) – Beispiel Mobilfunk-Sendemast	Verwaltungsgericht Meinungen	10.02.2003	5 K 237/02.Me	leider keine, nur JURIS-Datenbank
-	73	Bauen im Außenbereich: Gesicherte Erschließung bei privilegierten Vorhaben, § 35 I BauGB – Anforderungen an Landwirtschaftsbetriebe	Bundesverwaltungsgericht	30.08.1985	4 C 48/81	BRS 44, Nr. 75 DVBl. 1986, 186
Fall 13	75	Bauen im Außenbereich: Sonstige Vorhaben, Splittersiedlung	Bundesverwaltungsgericht	19.02.2004	4 C 4.03	BVerwGE 120, 130 NVwZ 2004, 982
-	77	Bauen im Außenbereich: Gesicherte Erschließung bei sonstigen Vorhaben, § 35 II BauGB – Wohnbebauung	Bundesverwaltungsgericht	04.02.1986	4 C 30/84	BRS 46, Nr. 145 DVBl. 1986, 682
Fall 14	84	Grundfall zum gemeindlichen Einvernehmen	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 15	84	Grundfall zum gemeindlichen Einvernehmen	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 16	84	Grundfall zum gemeindlichen Einvernehmen	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 17	84	Grundfall zum gemeindlichen Einvernehmen	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
-	87	Behörde hat kein Ermessen bei Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens (strittig) (im Text wiedergegebene Aussage des	Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz	23.09.1998	1 B 11493/98	BRS 60, Nr. 91 NVwZ-RR 2000, 85

		Gerichts ohne Fallbezug)				
-	88	Gegenansicht zum Ermessen bei Einvernehmensersatzung (im Text wiedergegebene Aussage des Gerichts ohne Fallbezug)	Verwaltungsgericht Frankfurt	14.09. 2000	3 E 1383/00(1)	NuR 2001, 714 NVwZ-RR 2001, 371
Fall 18	88	Einvernehmensersatzung: Grundfall zur Frist	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 19	88	Einvernehmensersatzung: Grundfall zur Frist	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 20	105	Ermessensreduzierung auf Null wegen Selbstbindung der Verwaltung	Verwaltungsgericht Sigma- ringen	02.09.2003	9 K 770/02	leider keine, nur JURIS-Datenbank
Fall 21	105	Grundfall zum Ermessensfehler	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 22	108	Verwaltungsprozessrecht: Entbehrlichkeit des Vorverfahrens bei erstmaliger zusätzlicher Beschwer	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 23	116	Abwandlung von Fall 67, um vorläufigen Rechtsschutz nach § 123 VwGO zu erläutern	s.u. sowie Oberverwaltungsgericht Lüneburg	s.u. sowie 12.09.1991	s.u. sowie 1 M 257/91	s.u. sowie BRS 52, Nr. 169
Fall 24	121	Nachbarschutz bei rechtswidriger Nutzungsart – Die Spielhalle im reinen Wohngebiet	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 25	123	Nachbarschutz bei rechtswidrigem Maß der Nutzung	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 26	123	Nachbarschutz gegen Befreiung nach § 31 II BauGB (Abwandlung von Fall 24)	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 27	124	Nachbarschutz gegen Befreiung nach § 31 II BauGB (Abwandlung von Fall 25)	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 28	125	Nachbarschutz bei der „Spielhalle im Wohngebiet“, wenn sie im unbeplanten Bereich genehmigt würde (Abwandlung von Fall 24)	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 29	127	Nachbarschutz bei Überschreiten des Maßes der baulichen Nutzung im unbeplanten Bereich, der faktisch einem Baugebietstyp entspricht	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 30	128	„Die Sängerhalle“ (Rücksichtnahmegebot nach § 15 I BauNVO)	Oberverwaltungsgericht	16.04.2003	8 A 11903/02	BauR 2003, 1187

			Rheinland-Pfalz			
Fall 31	131	Nachbarschutz gegen Wohnbebauung im Außenbereich	Bundesverwaltungsgericht	28.07.1999	4 B 38/99	DÖV 2000, 81 NVwZ 2000, 552
-	133	Sonstige Vorhaben im Außenbereich: Schädliche Umwelteinwirkungen (§ 35 III BauGB) als Ausfluss des allgemeinen Rücksichtnahmegebotes und damit als nachbarschützender Belang	Bundesverwaltungsgericht (Als Hintergrundwissen zu Fall 31)	28.10.1993	4 C 5/93	BRS 55, Nr. 168 DVBl. 1994, 697
-	135	Nachbarschutz bei bauordnungsrechtlichen Stellplatzvorschriften (kurzes Beispielsfällchen ohne Nummerierung)	Oberverwaltungsgericht Lüneburg	12.03.2001	1 L 3697/99	NVwZ-RR 2001, 504
Fall 32	138	Grundfall zu § 68 I 2 Nr. 2 VwGO (kein Widerspruchsverfahren bei Drittanfechtung, wenn Beschwer des Dritten erst durch Abhilfe- oder Widerspruchsbescheid)	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 33	146	Rechtsschutz der Gemeinde gegen die Baugenehmigungsbehörde bei Übergehen der Einvernehmensverweigerung	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg	11.05.1998	5 S 465/98	NVwZ 1999, 442
Fall 34	173	Grundfall zum passiven Bestandsschutz	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 35	176	Passiver Bestandsschutz bei Nutzungsänderung	Bundesverwaltungsgericht	11.02.1977	IV C 8.75	BauR 1977, 253 NJW 1977, 1932
-	182	Grundsatz des Bundesverwaltungsgerichts zum aktiven Bestandsschutz	Bundesverwaltungsgericht	12.03.1998	4 C 10.97	BRS 60, Nr. 98 BVerwGE 106, 228
Fall 36	190	Anspruch auf Bauaufsichtsmaßnahmen gegen den Nachbarn – Ermessenskontrolle	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-
Fall 37	192	Beispiel für Ermessensreduzierung bei Anspruch auf Einschreiten gegen den Nachbarn	Oberverwaltungsgericht Lüneburg	25.01.1993	6 L 195/90	BauR 1993, 456 BRS 55, Nr. 164
Fall 38	193	Ermessensreduzierung bei Verletzung nachbarschützender Normen?	Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen	17.05.1983	7 A 330/81	NJW 1984, 883 BRS 40, Nr. 191
-	193	Gleiche Ansicht wie das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in Fall 38	Oberverwaltungsgericht Berlin	22.01.2003	2 S 45.02	LKV 2003, 276 NuR 2004, 50
-	195	Gegenansicht zum Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in Fall 38	Oberverwaltungsgericht Lüneburg	06.03.2003	1 LA 197/02	NVwZ-RR 2003, 484
Fall 39	202	Erstplanungspflicht der Gemeinde (§ 1 III BauGB) – der „ungeplante“ Gewerbepark	Bundesverwaltungsgericht	17.09.2003	4 C 14/01	BRS 66, Nr. 1 BVerwGE 119, 25

Fall 40	205	Planungsverbot aus § 1 III BauGB: Pläne, die über einen langen Zeitraum nicht realisiert werden können (hier: Straße)	Bundesverwaltungsgericht	18.03.2004	4 CN 4/03	BVerwGE 120, 239 DVBl. 2004, 957
Fall 41	205	Planungsverbot aus § 1 III BauGB: Pläne, die über einen langen Zeitraum nicht realisiert werden können (hier: Umstieg von Kern- auf nichtnukleare Energie)	Oberverwaltungsgericht Lüneburg	16.03.2004	1 ME 14/04	NuR 2004, 469 NVwZ 2004, 1136
Fall 42	206	Planungsverbot aus § 1 III BauGB: Pläne, die aus anderen als baurechtlichen Gründen nicht realisiert werden können	Bundesverwaltungsgericht	12.08.1999	4 CN 4/98	BRS 62, Nr. 1 BVerwGE 109, 246
Fall 43	206	Abstimmung mit den Zielen der Raumordnung, § 1 IV BauGB	Oberverwaltungsgericht Saarland	30.04.1971	II R 74/70	BRS 24, Nr. 7
-	211	Grundsatz der ständigen Rechtsprechung zur „Abwägungserheblichkeit“ privater Belange (Rechtsprechungsnachweis ist nur einer von vielen)	Bundesverwaltungsgericht	30.04.2004	4 CN 1/03	DVBl. 2004, 1044 NVwZ 2004, 1120
Fall 44	212	Abwägungserheblichkeit: Geringwertige Belange	-	-	-	-
-	212	Beispiel für nicht geringwertigen Belang	Oberverwaltungsgericht des Saarlandes	29.01.2002	2 N 6/00	BRS 65, Nr. 42 NVwZ-RR 2003, 265
Fall 45	213	Erhalt der Marktlage kein schutzwürdiger Belang und damit nicht abwägungsrelevant	Bundesverwaltungsgericht	09.11.1979	4 N 1/78	BVerwGE 59, 87 NJW 1980, 1061
Fall 46	214	Kennenmüssen von privaten Belangen nicht nur bei Teilnahme an Bürgerbeteiligung (Fall sehr stark vereinfacht gegenüber dem Original)	Sächsisches Oberverwaltungsgericht	05.03.2002	1 D 18/00	SächsVBl. 2002, 245
Fall 47	215	Abwägungsfehler bei mangelnder Berücksichtigung der Änderung der Nutzungsart durch Bauleitplanung (§ 1 VII BauGB, hier: Entziehung der Baulandqualität)	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	14.08.2003	14 N 99.1156	NVwZ-RR 2004, 89
Fall 48	220	Notwendigkeit des interkommunalen Abstimmens kann auch eine Planungspflicht nach § 1 III BauGB begründen (ein weiterer Aspekt von Fall 39)	s.o.	s.o.	s.o.	s.o.
Fall 49	227	Bauleitplanung: Anerkannte Naturschutzverbände sind keine Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB	Bundesverwaltungsgericht	14.05.1997	11 A 43/96	BVerwGE 104, 367 DVBl. 1997, 1123
Fall 50	231	Förmliche Bürgerbeteiligung (§ 3 BauGB): Anforderungen an die „Öffentlichkeit“ der Planauslegung – Beispiel „Sommerferien“	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg	18.12.1995	3 S 3406/94	BRS 57, Nr. 36

Fall 51	231	Wochenstunden der Einsehbarkeit des Plans: Fallbeispiel	Bundesverwaltungsgericht	04.07.1980	4 C 25/78	BRS 36, Nr. 22 NJW 1981, 594
Fall 52	231	Wochenstunden der Einsehbarkeit des Plans: Fallbeispiel	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg	20.07.2000	8 S 2592/99	BRS 63, Nr. 32 NuR 2001, 586
Fall 53	231	Wochenstunden der Einsehbarkeit des Plans: Fallbeispiel	Oberverwaltungsgericht Lüneburg	07.11.1997	1 K 2470/96	BRS 59, Nr. 17 NdsRpfl. 1998, 134
Fall 54	231	Wochenstunden der Einsehbarkeit des Plans: Fallbeispiel	Oberverwaltungsgericht Lüneburg	12.04.1985	6 C 2/83	BRS 44, Nr. 19
Fall 55	231	Wochenstunden der Einsehbarkeit des Plans: Fallbeispiel	Bayerischer Verwaltungs- gerichtshof	20.05.1985	15 N 83 A.124	BRS 44, Nr. 22
Fall 56	231	Wochenstunden der Einsehbarkeit des Plans: Fallbeispiel	Bayerischer Verwaltungs- gerichtshof	22.04.1980	180 I 75	BayVBl. 1980, 691
Fall 57	231	Wochenstunden der Einsehbarkeit des Plans: Fallbeispiel	Bayerischer Verwaltungs- gerichtshof	23.07.1981	16 XV 76	BRS 38, Nr. 21
Fall 58	233	Bauplanungsrecht – förmliche Bürgerbeteiligung – inhaltliche Anforderungen an die Bekanntmachung der Auslegung	Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg	14.12.2001	8 S 375/01	BRS 64, Nr. 44
Fall 59	235	Bauplanungsrecht – förmliche Bürgerbeteiligung – Prüfung der Stellungnahmen durch „Abnicken“ einer Verwaltungsvorlage im Stadtrat?	Oberverwaltungsgericht des Saarlandes	28.10.1997	2 N 2/97	BRS 59, Nr. 21
Fall 60	242	Bauplanungsrecht – Bekanntmachung des Plans – wie genau muss er bezeichnet werden?	Bundesverwaltungsgericht	10.08.2000	4 CN 2/99	BRS 63, Nr. 42 DVBl. 2000, 1861
Fall 61	249	Inhalt des Flächennutzungsplans – „Bedürfnis“ nach § 5 I 1 BauGB – kein „Bedürfnis“ bei „Reserveplanung“ von Gewerbeflächen	Verwaltungsgericht Dessau	31.05.2000	1 A 464/99	LKV 2001, S. 321
Fall 62	254	„Städtebauliche Gründe“ für die Festsetzungen des Bebauungsplans, § 9 I 1 BauGB	Bundesverwaltungsgericht	03.12.1998	4 BN 24/98	BRS 60, Nr. 24 NVwZ-RR 1999, 423
-	256	Grundsätze zu dem Gebot, dass der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln ist (§ 8 II 1 BauGB)	Bundesverwaltungsgericht	28.02.1975	IV C 74.72	BVerwGE 48, 70 NJW 1975, 1985
Fall 63	257	„Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan“ ist unter Umständen auch bei Abweichung der Nutzungsart gegeben.	Bundesverwaltungsgericht Vorinstanz: Oberverwaltungs- gericht Nordrhein-	26.01.1979 07.05.1976	4 C 65.76 XI A 524/75	BauR 1979, 206 BRS 35, Nr. 20 ZMR 1977, 215

			Westfalen			
Fall 64	269	Auswirkungen eines Abwägungsfehlers auf die Gültigkeit des Bebauungsplans	Bundesverwaltungsgericht Vorinstanz: Oberverwaltungsgericht des Saarlandes	18.09.2003 27.11.2001	4 CN 3/02 2 N 2/00	BRS 66, Nr. 21 BVerwGE 119, 45 Vorinstanz: leider keine, nur JURIS-Datenbank
Fall 65	274	Unterscheidung Unwirksamkeit/Nichtigkeit: Abwägungsfehler, der den Kern der Abwägung betrifft	Bundesverwaltungsgericht Vorinstanz: Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht	16.03.2000 23.09.1999	4 BN 6/00 1 K 5147/97	BauR 2000, 1018 BRS 63, Nr. 73 BauR 2000, 523 BRS 62, Nr. 16
Fall 66	289	Zulässiger Inhalt eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans	Bundesverwaltungsgericht	18.09.2003	4 CN 3/02	BRS 66, Nr. 21 BVerwGE 119, 45
Fall 67 Fall 68	296	Veränderungssperre (§ 14 BauGB)	Bundesverwaltungsgericht	19.02.2004	4 CN 16.03	BVerwGE 120, 138 DVBl. 2004, 950
Fall 69	302	„Der große Übungsfall“	ohne Rechtsprechungsvorbild	-	-	-



<http://www.springer.com/978-3-540-23683-2>

Baurecht - Schnell erfasst

Gas, T.

2006, XVII, 334 S., Softcover

ISBN: 978-3-540-23683-2